

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

7. Jahrgang

Ausgabe 1/2010

September 2010

ISSN 1863-3992

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Thilo Sarrazin – Testfall für das demokratische Deutschland.....	1
Kommt die Sarrazin-Partei?	5
BÜRGER IN WUT stellen überarbeitetes Programm vor	7
DIW-Chef will 500.000 neue Zuwanderer pro Jahr	7
Kurz notiert	9
Der gute Rat	10
Zu guter Letzt	10
Impressum	10

Thilo Sarrazin – Testfall für das demokratische Deutschland

„Deutschland schafft sich ab“ – kaum eine Publikation der letzten Jahre hat mehr öffentliches Aufsehen erregt, als das kürzlich erschienene Buch des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin. Die aufgeregten und zum Teil hysterischen Reaktionen von Politik und Presse zeigen, daß Sarrazin einen Nerv getroffen hat. Den überwiegend negativen Reaktionen des Establishments steht eine überwältigende Zustimmung der Bevölkerung zu den Thesen Sarrazins gegenüber, die sich nicht nur in Umfragen, sondern auch in unzähligen Leserbriefspalten und Internetforen manifestiert – ein Beleg mehr für die wachsende Kluft zwischen der öffentlichen und der offiziellen Meinung, die sich nicht zuletzt in Fragen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik auftut.

Was Sarrazin zu den Problemen der Integration vor allem muslimischer Zuwanderer schreibt, ist größtenteils nicht neu und wird schon seit Jahren diskutiert. Darauf weisen auch Kritiker in der aktuellen Debatte gerne

hin. Sie übersehen allerdings, daß diese Probleme von den Verantwortlichen eben nicht konsequent angegangen, sondern vielfach nur schön geredet oder sogar verleugnet worden sind. Schuld an den Integrationsdefiziten türkischer und arabischer Migranten, so die politisch korrekte Lesart, seien nicht die Betroffenen selbst, sondern die deutsche Gesellschaft. Die tue nicht genug für die Integration, verweigere sich einer „Willkommenskultur“ und grenze damit die Zuwanderer aus, die doch eine „Bereicherung“ für unser Land darstellten. Wer dagegen einwendet, daß sich die meisten Menschen aus nicht-muslimischen Ländern mühelos in Deutschland eingliedern, die Ursachen der unzureichenden Integration orientalischer Migranten also vor allem bei den Zuwanderern liegen müssen, der gilt schnell als „islamophob“ oder sogar „ausländerfeindlich“. Mit solchen Totschlagargumenten sollen die Diskussion bereits im Keim erstickt und ungenehme Schlußfolgerungen vermieden werden.

Doch bei Thilo Sarrazin verfängt diese Strategie nicht. Denn Sarrazin ist nicht irgendwer, sondern SPD-Politiker, ehemaliger Finanzsenator von Berlin und Noch-Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank. Der Mann ist nicht nur promovierter Akademiker, sondern verfügt auch über jahrzehntelange Erfahrung in der Politik. Er weiß deshalb, wovon er redet. Doch das wollen Kritiker lieber nicht wahrhaben. Deshalb wurde zunächst versucht, Sarrazin in die ultrarechte Ecke abzuschieben. Einen ersten Höhepunkt dieser miesen Kampagne markierte das ARD-Politmagazin „Report Mainz“ in seiner Sendung vom 30. August. Dort war ein Interview ausgerechnet mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt zu sehen, der das Buch Sarrazins lobte und behauptete, Sarrazin liege mit seinen Thesen voll auf NPD-Linie. Selbstredend wurde dieser Beitrag danach auch von vielen Presseorganen verbreitet. Unglaublich, aber wahr: Wenn es darum geht, einen mißliebigen Mahner zu diskreditieren, schrecken linke Journalisten nicht einmal davor zurück, Funktionären der neonazistischen NPD ein Forum zu bieten, was ansonsten tunlichst vermieden wird.

Natürlich meldeten sich auch (vermeintliche) Experten zu Wort die meinten, Thilo Sarrazin habe von Integrationsfragen keine Ahnung bzw. die von ihm in seinem Buch wiedergegebenen Fakten stimmten nicht. Sarrazin, so beispielsweise [Klaus Bade im Spiegel-Interview](#), sei nur ein Laie und verstehe nichts von Zuwanderung. Glaubt man dem Alt-68er Bade, von Haus aus nicht etwa Sozialwissenschaftler, sondern emeritierter Professor für Neuere Geschichte, dann gibt es gar keine „Integrationsmisere“ in Deutschland. Sarrazin habe einfach die Statistiken falsch interpretiert und unzulässig verallgemeinert. Eigentlich verlaufe die Integration von Ausländern in Deutschland sehr erfolgreich, die Probleme seien marginal. Die Aussagen von Bade sind ein typisches Beispiel für linksideologische Realitätsverweigerung im akademischen Elfenbeinturm, die beim Normalbürger zunehmend auf Unverständnis stößt.

Noch dreister agitierte die Politologin Naika Foroutan, die auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte in diversen Fernseh-Talkshows als „Expertin“ herumgereicht wurde und ihre Weisheiten in Interviews auch über die Presse verbreiten durfte. Sarrazins Zahlen seien alle falsch, so die iranischstämmige Wissenschaftlerin, die u.a. mit der Aussage überraschte, daß 27 Prozent der Türken in Deutschland Abitur hätten, also „ein Drittel“. Ganz abgesehen einmal davon, daß 27 Prozent etwas mehr als ein Viertel und nicht ein Drittel (=33 Prozent) sind, stimmt die von Frau Foroutan genannte Zahl schlicht nicht. Ausgehend vom Mikrozensus 2005 weist der [1. Deutsche Bildungsbericht aus dem Jahre 2006](#) aus, daß gerade einmal 9 Prozent der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland die Hochschulreife haben (S. 293, Tabelle H2-3A). Auch wenn die Daten dieses Gutachtens fünf Jahre alt sind, ist kaum anzunehmen, daß sich die Zahl der türkischstämmigen Zuwanderer mit Abitur in so kurzer Zeit verdreifacht hat.

Auch um die Bildungssituation der in Deutschland lebenden zweiten und dritten Generation türkischer Migranten ist es schlecht bestellt. Nach einer 2009 veröffentlichten [Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung](#) (hier Seite 30) besitzen nur 14 Prozent der türkischstämmigen Schulabgänger in Deutschland die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Noch schlechter sieht es bei türkischen Jugendlichen ohne deutschen Paß aus: Nach der [Studie Einwanderungsgesellschaft 2010](#) (S. 140) machten 2008 in Nordrhein-Westfalen gerade einmal rund 10,7 Prozent dieser Schüler das Abitur, weitere 2 Prozent die Fachhochschulreife. Zum Vergleich: Bei den deutschen Jugendlichen betrug die Quote 32 Prozent!

Vor diesem Hintergrund hilft es wenig, wenn Foroutan darauf hinweist, daß Anfang der sechziger Jahre drei Prozent der türkischen Zuwanderer das Abitur hatten und sich deren Zahl bis heute um mehrere Hundert Prozent erhöht hat.

Bei deutschen Kindern, die 1960 auch nur zu sechs Prozent die Hochschulreife erwarben, fiel der Anstieg noch sehr viel stärker aus. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Bildungsexpansion ab Mitte der sechziger Jahre zurückzuführen, die zu einer Öffnung der Gymnasien für breite Bevölkerungsschichten führte. Davon haben natürlich auch Kinder aus Migrantenfamilien profitiert, allerdings bezogen auf die Herkunft in unterschiedlichem Umfang. Fest steht, und das konstatiert auch die von der Deutschen Islamkonferenz in Auftrag gegebene Studie [„Muslimisches Leben in Deutschland“](#) aus dem Jahre 2009, daß Muslime aus der Türkei das niedrigste Bildungsniveau aller Zuwanderergruppen in unserem Land aufweisen (S. 216). Davon freilich hat Frau Foroutan kein Wort gesagt. Und wer wie die Berliner Politologin freudig darauf hinweist, daß sich die Zahl der türkischstämmigen Abiturienten in Deutschland seit den sechziger Jahren um „800-900 Prozent“ erhöht habe (tatsächlich beträgt die Steigerungsrate „nur“ 500 Prozent), der sollte auch erwähnen, daß die Quote der Sozialhilfebezieher unter den türkischen Migranten im gleichen Zeitraum um 5000 Prozent(!) zugenommen hat. Nach Angaben des DIW bezogen 2008 in Berlin knapp 50 Prozent der türkischstämmigen Einwohner Sozialgeld. Auch diese Fakten hat Naika Foroutan leider verschwiegen.

Auf die ebenfalls fragwürdigen statistischen Angaben Foroutans zur Familiengröße muslimischer Zuwanderer sowie der Kriminalitätsbelastung türkischer und arabischer Jugendlicher soll hier nicht näher eingegangen werden. Das Auftreten der Politologin, die an der HU Berlin das Projekt „Hybride Europäisch-muslimische Identitäts-Modelle“ (HEYMAT) leitet, ist jedenfalls ein gutes Beispiel dafür, wie sich linke Wissenschaftler mit statistischen Taschenspielertricks die triste Wirklichkeit schön rechnen.

Die Integrationsprobleme bestimmter Zuwanderergruppen und namentlich von Migranten aus dem türkisch-arabischen Kulturkreis liegen auf der Hand und sind für

jedermann im Alltag erkennbar. Wer davor die Augen verschließt und die Probleme verharmlost, muß sich über wachsende Politikverdrossenheit und die Radikalisierung der Bevölkerung nicht wundern. Es wird Zeit, daß gehandelt wird, um die Integration in Deutschland nach vorne zu bringen. Aber bitteschön nicht mit den immer gleichen Rezepten und der gebetsmühlenhaft wiederholten Forderung, der Staat müsse seine Anstrengungen zur Integration von Zuwanderern verstärken, sprich noch mehr Steuermittel ausgeben. Für die Integration ist hierzulande in den letzten Jahren bereits sehr viel getan worden. Kaum ein Land in der Welt gibt pro Kopf der Zuwanderer so viel Geld für Integrationsmaßnahmen aus wie Deutschland. Jetzt müssen neue Wege gegangen werden. **Integration ist eben nicht nur zu fördern, sie muß endlich auch gefordert werden!**

Klar sollte sein: Es sind die nach Deutschland kommenden Zuwanderer, die sich an *unsere* Regeln anzupassen haben, und nicht die einheimische Bevölkerung an die Vorstellungen der Migranten. Dabei geht es nicht um „Zwangsgermanisierung“, wie böse Stimmen unterstellen, sondern um die Eingliederung in unser demokratisches Gemeinwesen, aber auch die Akzeptanz der bei uns geltenden Sitten und Gepflogenheiten im täglichen Leben. Nur so ist ein gedeihliches Miteinander möglich, wird die Ausbildung konfliktträchtiger Parallelgesellschaften vermieden. Deshalb müssen die Integrationsbemühungen des einzelnen Ausländers in Zukunft streng evaluiert werden. Zuwanderer, die z.B. den Test des vorgeschriebenen Integrationskurses nicht bestehen oder den Kurs trotz Verpflichtung gar nicht erst besuchen, sind endlich wirksam zu sanktionieren – bis hin zur Beendigung des Aufenthalts in Deutschland. Von der gesetzlichen Möglichkeit, Ausländer mit unzureichenden Sprachkenntnissen zur Teilnahme an einem Integrationskurs zu verpflichten, ist von den Behörden endlich Gebrauch zu machen. Die Eltern von Zuwandererkindern sind dazu anzuhalten, aktiv am Bildungserfolg ihrer Sprößlinge mitzuwirken, zumindest aber für

den regelmäßigen Schulbesuch zu sorgen und damit zum Integrationserfolg beizutragen. Schwere kriminelle Ausländer sind konsequent aus Deutschland auszuweisen und abzuschicken. **Integrationsweigerung darf hierzulande nicht länger hingenommen werden.** Das muß eine der wichtigsten Lehren aus der Sarrazin-Debatte sein.

Thilo Sarrazin zu den notwendigen Anforderungen an Zuwanderer in Deutschland

„Wer da ist und einen legalen Aufenthaltsstatus hat, ist willkommen. Aber wir erwarten von euch, dass ihr die Sprache lernt, dass ihr euren Lebensunterhalt mit Arbeit verdient, dass ihr Bildungsehrgeiz für eure Kinder habt, dass ihr euch an die Sitten und Gebräuche anpaßt und dass ihr mit der Zeit Deutsche werdet – wenn nicht ihr, dann spätestens eure Kinder. Wenn ihr muslimischen Glaubens seid, o.k. Damit habt ihr dieselben Rechte und Pflichten wie heidnische, evangelische oder katholische Deutsche. Aber wir wollen keine nationalen Minderheiten. Wer Türke oder Araber bleiben will und dies auch für seine Kinder möchte, der ist in seinem Herkunftsland besser aufgehoben. Und wer vor allem an den Segnungen des deutschen Sozialstaats interessiert ist, der ist bei uns schon gar nicht willkommen.“

(zitiert aus „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, S. 326).

Einiges von dem, was Thilo Sarrazin in seinem Buch schreibt, ist überspitzt formuliert und soll provozieren. Und manche Äußerungen Sarrazins im Rahmen der Debatte waren sicherlich nicht zielführend. Das gilt vor allem für die Feststellung, daß bestimmte Gruppen von Menschen wie Juden oder Basken spezifische Gene teilten, bzw. die Übertragung von Erkenntnissen der Eugenik auf ganze Völker oder gesellschaftliche Schichten. Für das eigentliche Anliegen Sarrazins sind diese Aussagen ohne Substanz und führen insbesondere in der Integrationsdebatte auch nicht weiter. Ob nämlich die Integrationsdefizite bestimmter Zuwanderergruppen auf deren genetische Disposition zurückzuführen sind oder nicht, ist für die politische Lösung des Problems letztlich irrelevant.

Davon unabhängig bleibt festzuhalten, daß die von Sarrazin in seinem Buch aufgezeigten Fakten bislang nicht seriös widerlegt wurden. Selbst die scharf kritisierte Aussage Sarrazins zur Erbllichkeit von Intelligenz ist wissenschaftlich fundiert. Die moderne Forschung geht davon aus, daß sich Intelligenzunterschiede zwischen Individuen zu fünfzig bis achtzig Prozent durch genetische Faktoren aufklären lassen. Darauf hat Sarrazin in seinem Buch hingewiesen – und einen Sturm der Entrüstung geerntet. Doch Experten wie die renommierten Entwicklungspsychologen Heiner Rindermann und Detlef Rost bescheinigen dem Autor, daß seine Ausführungen im Großen und Ganzen mit dem aktuellen Kenntnisstand der Wissenschaft konform gehen (siehe [FAZ.NET vom 07. September 2010](#)).

Für progressive Zeitgenossen ist das keine gute Nachricht. Denn die Linke nicht nur in Deutschland hängt nach wie vor dem Dogma von der „Gleichheit“ aller Menschen an. Vorhandene Unterschiede zwischen den Individuen seien nicht etwa auf genetische Faktoren, sondern vor allem auf Einflüsse und Erfahrungen der Lebensumwelt eines Menschen und hier vor allem seine sozialen Verhältnisse zurückzuführen. Auf dieser in der Soziologie als „Milieutheorie“ bezeichneten Sichtweise fußt letztlich auch die linke Bildungspolitik. Die lehnt das gegliederte Schulwesen und damit eine differenzierte Beschulung von Kindern ab, und setzt getreu dem Motto „Gleiche Bildung für alle“ auf die Einheitsschule, auch als Gesamtschule bekannt und neuerdings mit der euphemistischen Phrase „längeres gemeinsames Lernen“ umschrieben. Die Ergebnisse dieser Politik sind miserabel, das zeigen Vergleichsstudien wie PISA.

Wenn Kritiker Sarrazin vorwerfen, mit seinen Darlegungen zur Erbllichkeit von Intelligenz die Bildungsbereitschaft vor allem von Migrantenkindern zu untergraben, so ist das schlicht absurd. Selbst wenn man davon ausgeht, daß 80 Prozent der individuellen Begabung genetisch determiniert sind, bliebe für den einzelnen noch genügend Raum, um

die eigenen Lebensperspektiven durch den Erwerb von Wissen und Kompetenz zu verbessern. Und für einen Ausbau der Volksbildung in unserem Land. Eben deshalb setzt sich Sarrazin in seinem Buch dafür ein, die schulische Förderung speziell von Zuwandererkindern zu intensivieren.

Außerdem: Auch ein Mensch, der aufgrund erblicher Faktoren ein geringeres intellektuelles Potential hat als der Bevölkerungsdurchschnitt, kann einen für ihn adäquaten Bildungsweg gehen. Schließlich muß nicht jeder Jugendliche in Deutschland ein Hochschulstudium absolvieren. Auch mit einem guten Hauptschulabschluß hat man bei uns berufliche Chancen. Der einzelne muß sie nur nutzen. Linken Bildungsideologen die meinen, im Prinzip könne jeder Mensch zum Universitätsprofessor qualifiziert werden, wenn man ihn nur intensiv genug fördere, geht diese Vorstellung natürlich gehörig gegen den Strich. Auch deshalb hadern die SPD-Spitze und Teile der Parteibasis mit ihrem Genossen Thilo Sarrazin.

Man kann von den Thesen Thilo Sarrazins halten, was man will. Und natürlich ist Kritik an seinem Buch opportun und wie oben gesehen an einigen Stellen auch angebracht. Das gehört zum Diskurs in einer lebendigen Demokratie. Ganz und gar nicht akzeptabel aber ist es, wenn Sarrazin wegen seiner Ansichten als Bundesbanker unter Druck gesetzt, vom politisch-medialen Establishment bis hin zur Bundeskanzlerin öffentlich gemobbt und neuerdings sogar mit Mordaufrufen bedroht wird. Hier geht es nicht mehr nur um die Kontroverse über die Aussagen eines Politikers, hier ist das hohe Gut der Meinungsfreiheit betroffen, das in Deutsch-

land unter dem Schutz der Verfassung steht. Doch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verkommt zu einer hohlen Phrase, wenn nonkonforme Zwischenrufer wie Sarrazin befürchten müssen, wegen ihrer Äußerungen wirtschaftlich ruiniert und jedenfalls in der veröffentlichten Meinung stigmatisiert zu werden. Oder am Ende mit ihrer Gesundheit dafür zu bezahlen, daß sie Positionen vertreten, die politischen Extremisten nicht in den ideologischen Kram passen. Daß Sarrazin von Bodyguards geschützt werden muß, damit er seine Buchlesungen in Deutschland überhaupt abhalten kann, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand unserer Republik in Zeiten der Political Correctness. Und wo bleibt eigentlich der geschlossene Aufschrei aller Demokraten in Deutschland, wenn Sarrazin und solche Bürger, die sich mit ihm solidarisieren, von linken Chaoten nicht nur diffamiert und angepöbelt, sondern auch körperlich attackiert werden?

Das Recht, die eigene Meinung frei und ohne Furcht vor Repressionen äußern zu können, ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Doch dieses Recht soll für Abweichler vom politischen Mainstream offenbar nicht mehr gelten. Es ist an der Zeit, auch über dieses wichtige Thema in Deutschland endlich offen und breit zu diskutieren.

Hinweis: Die Links zu allen in diesem und den anderen Beiträgen genannten Quellen finden Sie in der Online-Version dieser Ausgabe unseres Informationsbriefes auf der Internetseite www.buerger-in-wut.de.

Kommt die Sarrazin-Partei?

Die große Zustimmung in der Bevölkerung zu den ausländerpolitischen Thesen von Thilo Sarrazin hat die Sorge der etablierten Politik vor einer neuen demokratischen Rechtspartei in Deutschland geschürt. Umfragen zufolge würden bis zu 20 Prozent

der Bürger einer von Sarrazin geführten Partei ihre Stimme geben. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die wegen umstrittener Äußerungen zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf eine nochmalige Kandidatur für den Bundesvor-

stand ihrer Partei „freiwillig“ verzichtet hat, sieht gute Chancen für eine solche Partei. Die würde, so Steinbach, bei einer Führungspersönlichkeit „mit etwas Charisma und Ausstrahlung (...) spielend“ über die Fünf-Prozent-Hürde kommen. Ähnlich äußerte sich der einflußreiche CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis.

Aber wie wahrscheinlich ist es, daß solche Gedankenspiele tatsächlich Realität werden? – Thilo Sarrazin, gegen den vom Bundesvorstand der SPD ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel seines Ausschlusses eingeleitet wurde, hat mehrfach erklärt, für ein neues Parteiprojekt nicht zur Verfügung zu stehen. Er will vielmehr um seinen Verbleib in der SPD kämpfen. Und seine Chancen, dieses Ziel zu erreichen, sind in den letzten Tagen gestiegen. Das kommt nicht von ungefähr: Umfragen zeigen, daß 40 Prozent der SPD-Basis den Auffassungen Sarrazins zustimmen. Sollte der ehemalige Berliner Finanzsenator die Partei verlassen müssen, würden ihm sicherlich viele SPD-Mitglieder folgen. In einigen Wahlumfragen schlägt die Causa Sarrazin für die SPD bereits jetzt negativ zu Buche. Gleichzeitig sind erste Stimmen prominenter Sozialdemokraten zu vernehmen, die sich für einen Verbleib Sarrazins in der Partei aussprechen. So hat der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi angekündigt, Sarrazin im Falle eines Ausschlußverfahrens vor der zuständigen SPD-Schiedskommission verteidigen zu wollen, weil er die Vorwürfe gegen Sarrazin für unzutreffend hält.

Vor diesem Hintergrund beginnt nun auch die SPD-Führung zurückzurudern. In der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“ vom 09. September kündigte der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel überraschend an, man werde im Vorfeld eines Ausschlusses mit Sarrazin „öffentlich“ über dessen Aussagen diskutieren und erst dann eine Entscheidung treffen. Einen „kurzen Prozeß“ hinter verschlossenen Türen werde es nicht geben. Genau so hatte sich das ein paar Tage zuvor noch aus der Parteizentrale im Berliner Willy-Brandt-Haus angehört.

Gabriel weiß natürlich um die fatale Wirkung in der Öffentlichkeit, sollten die Sozialdemokraten den populären Sarrazin vor die Tür setzen und damit zum Märtyrer stempeln. Hinzu kommt, daß nun auch der Vorstand der Deutschen Bundesbank erklärt hat, seine zunächst negative Bewertung der Äußerungen Sarrazins namentlich zur Ausländerpolitik nicht mehr aufrechterhalten zu wollen ([Pressenotiz vom 09.09.2010](#)). Dadurch wird es der SPD zusätzlich erschwert, den möglichen Rauswurf des mißliebigen Mitglieds gerichtsfest zu begründen.

Es ist deshalb durchaus möglich, daß Sarrazin am Ende SPD-Mitglied bleibt. In jedem Fall wird das eingeleitete Parteiordnungsverfahren einige Zeit in Anspruch nehmen. Sollte Sarrazin nach Ausschöpfung des innerparteilichen Instanzenweges tatsächlich ausgeschlossen werden, bliebe ihm der Gang vor ein ordentliches Gericht. Es kann also noch viele Monate dauern, bis es zu einer endgültigen Entscheidung im Fall Sarrazin kommt. Das langwierige Prozedere könnte nur abgekürzt werden, wenn Sarrazin sein Parteibuch freiwillig zurückgeben würde. Doch das will der nach eigener Aussage „mit ins Grab nehmen“. Sollte es dabei bleiben, dann kann Sarrazin jedenfalls auf absehbare Zeit schon aus formalen Gründen nicht für die Gründung einer neuen Partei zur Verfügung stehen. Sollte Sarrazin am Ende des jetzt eingeleiteten Ausschlußverfahrens die SPD tatsächlich verlassen müssen und in einer neuen Partei aktiv werden, wäre der aktuelle Hype um sein Buch längst verfliegen und damit auch ein großer Teil der medialen Beachtung.

Daß eine neue demokratisch-konservative Partei in Deutschland dringend erforderlich ist, daran kann kein Zweifel bestehen. Auch das Wählerpotential ist vorhanden. Doch Träumereien helfen nicht weiter. Ein nüchterner Blick auf die politische Realität in Deutschland und die vorhandenen Optionen im konservativen Parteienspektrum ist angesagt. Hier gibt es derzeit nur eine glaubwürdige Kraft, die echte Chancen hat, die Vision

einer neuen Rechtspartei in Deutschland Wirklichkeit werden zu lassen: Wir BÜRGER IN WUT! BIW sind die einzige demokratisch-konservative Gruppierung, die aus eigener Kraft den Sprung in ein Landesparlament geschafft hat, und zwar in Bremen. Durch diesen Erfolg haben wir den Grundstein für die Umwälzung der bundesdeutschen Politiklandschaft gelegt.

Im Mai 2011 stehen in Bremen erneut Landes- und Kommunalwahlen an. Sollte es uns gelingen, den Wiedereinzug in das Bremer Parlament diesmal mit Fraktionsstärke zu schaffen, hätte das bundesweite Signalwirkung. Eine neue bürgerliche Partei könnte dann schneller entstehen, als der etablierten Politik lieb ist – und das auch ohne Thilo Sarrazin.

BÜRGER IN WUT stellen überarbeitetes Programm vor

Nach monatelanger Vorbereitung haben wir BÜRGER IN WUT in der vergangenen Woche die dritte überarbeitete Auflage unseres politischen Programms veröffentlicht. Das 83 Seiten starke Papier ist an vielen Stellen aktualisiert und ergänzt worden. Außerdem wurde die Optik des Layouts optimiert. In Kürze wird noch der Themenkomplex Bildungspolitik eingefügt, der aktuell in Vorbereitung ist. Weitere Kapitel folgen in den nächsten Monaten. Unser Ziel ist es, das Programm bis zur Bremer Landtagswahl im Mai 2011 zu komplettieren.

Das Programm kann auf unserer Internetseite unter www.buerger-in-wut.de im Abschnitt Ziele/Programm gelesen, heruntergeladen und ausgedruckt werden. Außerdem besteht

die Möglichkeit, das BIW-Programm gegen Zahlung einer Schutzgebühr von 10,00 Euro in Papierform bei uns anzufordern. Senden Sie Ihre postalische Bestellung an die Adresse Wählervereinigung „Bürger in Wut“, Torstr. 195, 10115 Berlin oder senden Sie uns ein Fax an die 030 - 20 866 466 1.

Auch die politischen Grundsätze der BÜRGER IN WUT sind redigiert worden. Unsere jetzt 14 Leitlinien beschreiben in Kurzform die Grundüberzeugungen der BIW auf wichtigen Politikfeldern, die im Programm präzisiert werden. Die Leitlinien können ebenfalls auf der BIW-Internetseite unter der Adresse <http://www.buerger-in-wut.de/cms/?d=ziele> eingesehen werden. Zusätzlich ist der Download im PDF-Format möglich.

DIW-Chef will 500.000 neue Zuwanderer pro Jahr

Während in Deutschland heftig über das neue Buch von Thilo Sarrazin und seine kritischen Thesen zur Integrationspolitik diskutiert wird, denken wirtschaftsnahe Strategen längst weiter. So zum Beispiel der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus F. Zimmermann. [Der forderte kürzlich eine „deutlich offensivere Einwanderungspolitik“](#). Denn wegen der demographischen Entwicklung fehlten hierzulande bereits ab dem Jahre 2015 drei Millionen Arbeitskräfte. Gleichzeitig gingen den Unternehmen pro Jahr weitere 250.000 Mitarbeiter verloren. Deshalb brauche man eine Nettozuwanderung von mindestens 500.000

Menschen pro Jahr, so Zimmermann. Andernfalls drohten Deutschland Wohlstandsverluste und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 70 Jahre. Zeitgleich sprach sich auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) für eine „*forcierte Zuwanderung*“ aus, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu bewahren.

Die von Zimmermann genannte Zahl muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der DIW-Chef will, daß jedes Jahr **netto** 500.000 Ausländer nach Deutschland zuziehen. Weil aber pro Jahr auch mehr als 700.000 Menschen die Bundesrepublik dauerhaft verlas-

sen, müßten also deutlich über eine Million Migranten einwandern, damit unter dem Strich die von Zimmermann gewünschten 500.000 Neubürger übrigbleiben. Und die Erwerbsfähigen unter ihnen müßten größtenteils auch noch gut qualifiziert sein, damit sie den Anforderungen unserer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gerecht werden können. Woher diese Menschen kommen sollen, verraten weder Zimmermann noch der CDU-Politiker Tillich.

Zu den Fakten: 2009 zogen laut Statistischem Bundesamt 606.000 Ausländer nach Deutschland, 6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Darunter waren aber nur 142 (!) Hochqualifizierte. Schon an dieser Stelle deutlich, wie absurd die Vorstellung ist, man könne den demographisch bedingten Fachkräftemangel, der Deutschland für die Zukunft droht, durch Massenzuwanderung kompensieren. Gut geschultes Personal kann man letztlich nur in Industriestaaten finden, die ein ähnliches Entwicklungsniveau erreicht haben wie Deutschland. Doch diese Länder sehen sich häufig mit denselben demographischen Problemen konfrontiert, werden also in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ebenfalls mit der Schrumpfung und Vergreisung ihrer Bevölkerung zu kämpfen haben. Sie fallen deshalb als Zuzugsreservoir für die deutsche Wirtschaft aus. Das gilt insbesondere für Europa. Zuwanderungswillige aus der 3. Welt wie den muslimischen Maghrebstaaten Nordafrikas stehen zwar in großer Zahl bereit, bringen aber im Regelfall nicht die erforderlichen Qualifikationen mit, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt benötigt werden. Um es auf den Punkt zu bringen: **Einwanderer, die wir in Deutschland brauchen, kommen nicht. Und die Ausländer, die zu uns kommen wollen, brauchen wir nicht!**

Die Äußerungen von Klaus Zimmermann und Stanislaw Tillich zeigen exemplarisch, daß die Eliten in Wirtschaft und Politik noch immer in dem irrigen Glauben befangen sind, man könne Personalengpässe auf dem heimischen Arbeitsmarkt durch Masseneinwanderung beheben. Deutschlands Eliten

haben aus den negativen Erfahrungen mit der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer in den sechziger und frühen siebziger Jahren, deren soziale Folgen bis heute spürbar sind, offenbar nichts gelernt.

Deutschland muß die Beschäftigungsprobleme, die aus der selbstverschuldeten demographischen Misere resultieren, primär aus eigener Kraft bewältigen. Und das heißt: Die in Deutschland vorhandenen Personalressourcen müssen vollumfänglich genutzt und qualifiziert werden. Das gilt auch und gerade für die wachsende Zahl älterer Erwerbspersonen. Die Frühverrentung von Arbeitnehmern können wir uns zukünftig ebenso wenig leisten wie den „Jugendwahn“ kurzsichtiger Personalmanager. Gleichzeitig braucht Deutschland eine Rationalisierungsoffensive mit dem Ziel, Arbeitskräfte einzusparen, und zwar nicht nur durch den Einsatz modernster Technik, sondern auch die Umsetzung intelligenter Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe. Hier sind die Potentiale noch längst nicht ausgeschöpft. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist zu steigern, wobei mit Hilfe moderner Arbeits- und Betreuungskonzepte die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung gewährleistet sein muß. Und schließlich braucht Deutschland endlich eine aktive, familienfreundliche Bevölkerungspolitik, um die Geburtenhäufigkeit zu steigern und damit den negativen Demographietrend mittel- bis langfristig zumindest abzumildern.

Neue Arbeitsmigration nach Deutschland darf nur ultima ratio sein und muß auf qualifizierte Erwerbspersonen beschränkt bleiben. In keinem Fall darf Zuwanderung dazu mißbraucht werden, um mit billigen ausländischen Arbeitskräften die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in Deutschland zu drücken.

[Der Vorschlag des ehemaligen Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Norbert Walter,](#) deutsche Schulen und Hochschulen im Ausland zu gründen, um Kinder und Jugendliche dort nach deutschen Standards auszubilden und anschließend in die Bundesrepublik zu

holen, ist durchaus bedenkenswert. Allerdings sollten diese Bildungseinrichtungen nicht vorrangig in den muslimischen Staaten Nordafrikas und dem Nahen Osten geschaffen werden, wie es Walter will, sondern eher in Ostasien und Südamerika. Die Erfahrungen aus fünf Jahrzehnten Zuwanderungspoli-

tik in Deutschland zeigen, daß Migranten aus dem islamischen Kulturkreis vergleichsweise große Probleme haben, sich bei uns zu integrieren, was die gesellschaftlichen Kosten erhöht. Dem muß die Politik für die Zukunft Rechnung tragen. Auch das sollte ein Ergebnis der Sarrazin-Debatte sein.

Kurz notiert ...

Ausländerpopulation: In keinem Land der Europäischen Union leben mehr Ausländer als in Deutschland. Das ergibt sich aus einer aktuellen Studie des Statistikamts Eurostat in Brüssel. Danach haben 7,2 Millionen Einwohner der Bundesrepublik einen ausländischen Paß. Mit deutlichem Abstand folgen Spanien mit 5,7 Millionen und Großbritannien mit 4 Millionen Ausländern. Auch der Ausländeranteil, der im EU-Durchschnitt bei 6,4 Prozent liegt, ist in Deutschland mit 8,8 Prozent überdurchschnittlich hoch. Insgesamt hielten sich Anfang 2009 knapp 32 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den Mitgliedsländern der Europäischen Union auf. Davon kamen 20 Millionen aus Drittstaaten, die nicht zur EU zählen. Die größten Gruppen waren Türken (2,4 Millionen), Marokkaner (1,8 Millionen) und Albaner (1,0 Million).

+++

Tierversuchs-Richtlinie: Mit großer Mehrheit hat das Europaparlament eine neue Richtlinie zur Einschränkung von Tierversuchen verabschiedet. Mit dem Beschluß wird die längst überholte Vorschrift aus dem Jahre 1986 ersetzt. Ziel ist es, die Zahl der Tierversuche in EU-Europa deutlich zu senken. Die Richtlinie ist von den Mitgliedsstaaten innerhalb der nächsten zwei Jahre in nationales Recht umzusetzen. Allein in Deutschland fallen jährlich fast 2,8 Millionen Versuchstiere der Forschung zum Opfer. Mit Inkrafttreten der neuen Regelungen sind die Unternehmen verpflichtet, verstärkt alternative Versuchsverfahren z.B. auf Basis menschlicher Zellgewebe zum Einsatz zu bringen. Außerdem müssen die nationalen Behörden ihre Kontrollen von Tierversuchs-

laboren verschärfen. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Richtlinie, die im Beratungsprozeß durch den Einfluß von Lobbygruppen verwässert wurde, hinter den Forderungen von Tierschützern zurück.

+++

Mietnebenkosten: Der Deutsche Mieterbund (DMB) warnt vor höheren Wohnnebenkosten für Mieter und Eigenheimbesitzer. Hintergrund sind die steigenden Gebühren von Städten und Gemeinden. Die sehen sich infolge der Wirtschaftskrise einerseits mit wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen und andererseits mit explodierenden Sozialausgaben konfrontiert. Nach einer Umfrage der Beratungsgesellschaft Ernst & Young planen 44 Prozent der deutschen Kommunen auf das wachsende Haushaltsdefizit mit einer Anhebung ihrer Grundsteuersätze reagieren. 17 Prozent wollen die Wassergebühren, 16 Prozent die Kosten der Straßenreinigung und 10 Prozent die Abgaben für die Müllabfuhr erhöhen. Dabei müssen Mieter und Wohnungseigentümer in Deutschland schon heute durchschnittlich 2,16 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche an Nebenkosten berappen. Das sind rund 5 Prozent mehr als noch in 2007. Dazu haben neben den kommunalen Abgaben auch die stark gestiegenen Kosten für Strom, Heizung und Warmwasser beigetragen. Allein Strom hat sich seit 2001 um knapp 50 Prozent verteuert. Bei Gas und Heizöl betrug die Preissteigerung im gleichen Zeitraum 30 bzw. 60 Prozent.

+++

Iranische Atomanlagen: Die iranische Oppositionsgruppe Volksmudschahedin hat

auf einer Pressekonferenz in Washington die Existenz einer weiteren geheimen Atomanlage im Iran aufgedeckt. Es handelt sich um eine Fabrik zur Anreicherung von Uran, die sich 120 Kilometer westlich von Teheran befinden soll. Die Einrichtung, die den Codenamen 311 trägt, sei tief in einem Berg eingegraben, um sie vor Angriffen aus der Luft zu schützen. Die Anlage ist eine von mehreren im Iran, deren Existenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom Mullahregime verschwiegen wurde. Die jüngsten Informationen aus Oppositionskreisen erhärten den Verdacht, daß der Iran entgegen anderslautender Beteuerungen fieberhaft am Bau einer eigenen Atombombe arbeitet. Vor dem Hintergrund der iranischen Bemühungen sehen Beobachter die stetig

steigende Gefahr eines Krieges im Mittleren Osten, ausgelöst durch einen präventiven Militärschlag Israels gegen das iranische Nuklearpotential.

+++

Zitat: *“Wer das offene Gespräch und die Diskussion nicht ertragen will, gerät in den Verdacht, seinen Willen anderen auferlegen und andere unterdrücken zu wollen. Die Unterdrückung des freien Wortes und der Zwang, die Meinung anderer vertreten zu müssen, sind stets Kennzeichen totalitärer Systeme, die Menschenrechte verletzen und den Frieden zwischen den Menschen und Völkern gefährden.”*

(Dr. Otto von Habsburg)

Der gute Rat

Trinken Sie vor dem Essen den Saft einer ausgepreßten Zitrone vermischt mit etwas Wasser. Die Zitronensäure bringt Ihre Magensäfte zum fließen und Sie verdauen

anschließend das Essen besser. Außerdem unterstützt das Vitamin C aus der Zitrone die Bildung von Noradrenalin. Dieses Hormon fördert den Abbau von Fett im Körper.

Zu guter Letzt

Eine ältere Kundin kommt zur Bank, um dort ein Sparbuch zu eröffnen und 1.000 Euro einzuzahlen.

Kundin: „Ist mein Geld bei Ihnen auch sicher?“

Kassierer: „Klar doch!“

Kundin: „Und was ist, wenn Sie pleite machen?“

Kassierer: „Dann kommt die Landeszentralbank für den Verlust auf!“

Kundin: „Und wenn die pleite macht?“

Kassierer: „Dann kommt die Bundesbank auf!“

Kundin: „Und wenn die Bundesbank pleite macht?“

Kassierer: „Dann tritt die Bundesregierung zurück, und das sollte Ihnen die 1.000 Euro nun wirklich wert sein!“

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, Torstr. 195, D-10115 Berlin. Telefon 030-20 866 466 0. Fax: 030-20 866 466 1. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. ISSN 1863-3692. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.